



10+1 BÄUME FÜR DIE OPFER RECHTER GEWALT
EIN MAHNMAL
FÜR FREIHEIT
UND RECHTSSTAATLICHKEIT



Grundsatzklärung des Landesintegrationsrates NRW zum Terroranschlag in Hanau

„Ich bin zutiefst bestürzt und schockiert über den offenkundig rassistischen Terroranschlag in Hanau“, sagt Tayfun Kelttek Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW. „Neun Menschen sind am Abend des 19.02.2020 in der Öffentlichkeit ermordet worden. Ihnen und ihren Familien gilt unsere Trauer und unser Mitgefühl“, so Kelttek. „Der ausufernde Hass in unserer Gesellschaft macht mich fassungslos. Rassistische Aussagen und Denkweisen sind längst wieder salonfähig geworden. Angesichts dessen appelliere ich dringend an Politik und Medien, sich endlich konsequent dem Rassismus und Rechtsextremismus entgegenzustellen!“ Kelttek warnt davor, den Attentäter als geistig unzurechnungsfähige Einzelperson darzustellen. Derartige Fehleinschätzungen wurden schon zur Zeit der Mordserie des NSU begangen. Das weitverzweigte Terrornetzwerk, das hinter den Taten des NSU steckt, wurde noch immer nicht aufgedeckt. Schlimmer noch, seine Verflechtungen reichen hinein bis in die Institutionen deutscher Sicherheitsbehörden. Der mediale Umgang mit den Morden des NSU reproduzierte bis zur Offenbarung der Täter rassistische Stereotypen. Bis heute zieht sich die einseitige, negative Darstellung von Migrant*innen und Muslim*innen wie ein roter Faden durch die Berichterstattung. Dies leistet der beängstigenden Entwicklung des Rassismus enormen Vorschub.

Populistische Debatten, die sich für eine sogenannte Leitkultur jenseits unseres Grundgesetzes aussprechen, sind absolut verantwortungslos.

Wenn mit den Themen Migration und Islam nicht endlich objektiv umgegangen wird, sind weitere Morde und Terroranschläge vorprogrammiert. Dass in Kreisen der Sicherheitsbehörden wieder und wieder rassistische, rechtsnationalistische Umtriebe offenbar werden, ist nicht hinnehmbar. Der Staat muss sich wehren und die Menschen in unserem Land schützen. Es gilt das Problem des Rassismus an der Wurzel zu packen und zu bekämpfen jederzeit und an jedem Ort. Es ist längst überfällig, dass Politik, Medien und jeder und jede einzelne sich für unsere offene und vielfältige Gesellschaft einsetzen. Das Grundgesetz ist die Grundlage der Werte, die uns allen gemeinsam sind: Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde und die Gleichwertigkeit aller Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, einer Behinderung und frei von jedweder rassistischen Zuschreibung.

Die Opfer von Hanau

Said Nessar El Hashemi

Gökhan Gültekin

Sedat Gürbüz

Mercedes Kierpacz

Hamza Kurtović

Vili Viorel Păun

Fatih Saraçoğlu

Ferhat Unvar

Kaloyan Velkov

Wir werden euch nicht vergessen!

„Der Nationalsozialistische Untergrund“

Die rechtsextreme Mordserie des NSU hat weltweit für Entsetzen gesorgt. Wie konnten die Täter sich derart radikalisieren? Warum haben die Sicherheitsbehörden versagt? Und wie groß ist das Netzwerk der Rechtsterroristen tatsächlich? Mehrere Untersuchungsausschüsse und ein Gerichtsprozess sollen Antworten liefern.

Eisenach am 4. November 2011. Als sich Polizisten einem Wohnwagen nähern, in dem sie zwei flüchtige Bankräuber vermuten, fallen zwei Schüsse. In dem brennenden Caravan entdeckt die Polizei schließlich die Leichen der mutmaßlichen Täter, die anscheinend ihr Wohnmobil angezündet und anschließend Selbstmord begangen haben. Bald aber stellt sich heraus, dass man nicht nur zwei Bankräubern, sondern der größten rechtsextremen Mordserie in der Geschichte der Bundesrepublik auf die Spur gekommen ist. Die Ereignisse werden zum Wendepunkt im Umgang mit rechter Gewalt und der militanten Neonaziszene. Weder der Verfassungsschutz noch ausgewiesene Szenekenner hatten bis dahin derart kaltblütige und gut organisierte Mordanschläge rechter Terroristen in Deutschland für möglich gehalten.

Mehr als 13 Jahre lang haben Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe aus dem Untergrund heraus gemordet, gebombt und mehr als ein Dutzend Banken überfallen. Kurz nach dem Selbstmord ihrer beiden Komplizen zündete Zschäpe das Versteck der Gruppe in Zwickau an und stellte sich wenige Tage später der Polizei. Bald stellten die Ermittler fest: Die blutige Spur der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zieht sich quer durch die ganze Republik.

Acht türkisch- und ein griechischstämmiger Kleinunternehmer sowie eine Polizistin wurden laut Anklage von dem Trio erschossen. Doch weder Polizei noch Verfassungsschutz vermuteten hinter den Taten ein rechtsextremes Motiv. Hunderte Beamte ermittelten jahrelang in die falsche Richtung. Die Ermittler hätten selbst dann noch am vermuteten Tatmotiv „organisierte Kriminalität“ festgehalten, als „Spur um Spur in diese Richtung ergebnislos blieb“, kritisierte 2013 der NSU-Untersuchungsausschuss. „Die wenigen Merkmale, die tatsächlich alle Opfer gemeinsam haben [...] konnten sie mit keiner bekannten kriminellen Organisation in Konflikt bringen. Nur eine rassistische Tatmotivation traf tatsächlich auf alle Opfer zu“, lautet das Fazit des Ausschusses.

Im November 2011 hatten die Ermittler in den Trümmern der Zwickauer Wohnung die Tatwaffen entdeckt, außerdem die Pistole der ermordeten Polizistin. Damit war schlagartig klar geworden, dass hinter den zehn Morden die bis dahin völlig unbekannte Terrorgruppe stand. Auf der Flucht aus ihrer Zwickauer Wohnung hatte Zschäpe noch an 15 Adressen ein grausames Bekenner-Video verschickt. Der viertelstündige Film zeigt den menschenverachtenden Hass, der die Täter antrieb. „Taten statt Worte“ fordern die Neonazis darin. Mit einem Mix von Szenen des Zeichentrickfilms „Der rosarote Panther“, selbst aufgenommenen Fotos der blutüberströmten Leichen und zynischen Kommentaren verhöhnten die Terroristen ihre Opfer – und ließen erkennen, dass die Mordserie nach zehn Toten eigentlich noch nicht hatte beendet sein sollen: Neben den Fotos der Ermordeten blieben weitere Bilderrahmen für zukünftige Opfer frei.

Quelle: Johannes Radke

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "CC BY-NC-ND 3.0 DE -

„10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ und die Opfer von Hanau

Die aktuellen Ereignisse in Hanau sind eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Geschichte. Der Anschlag auf neun Menschen mit Einwanderungsgeschichte, zeigt einmal mehr, die rechts-extremistische Gefährdungslage. Das umfassende Staatsversagen im NSU-Verfahren hat maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Eine lebendige und aufrichtige Erinnerungskultur kann einen Beitrag zur Überwindung dieser Ereignisse leisten.

„Als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland verspreche ich Ihnen: Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Daran arbeiten alle zuständigen Behörden in Bund und Ländern mit Hochdruck. Das ist wichtig genug, es würde aber noch nicht reichen. Denn es geht auch darum, alles in den Möglichkeiten unseres Rechtsstaates Stehende zu tun, damit sich so etwas nie wiederholen kann.“

Mit der Kampagne „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ und die Opfer von Hanau ruft der Landesintegrationsrat NRW die Integrationsräte dazu auf, sich in ihren Kommunen für ein vielfältiges, friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben einzusetzen. Dabei sollen die Kommunen gebeten werden, einen Erinnerungsort zu errichten, der aus elf neu angepflanzten Bäumen besteht. Die Zahl elf ergibt sich aus zehn Bäumen für die zehn Opfer des NSU, den einen Baum widmen wir allen genannten und ungenannten Opfern rassistischer Gewalt. Eine Gedenktafel soll über die Bedeutung des Mahnmals aufklären. Die elf gepflanzten Bäume verdeutlichen die Dimension dieser Verbrechen visuell. Gleichzeitig soll der Erinnerungsort ein starkes Signal des Widerstands der Kommune gegen den rechtsextremistischen Terror senden.

In jüngster Zeit wurden immer wieder Erinnerungsstätten für die Opfer der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter geschändet bzw. zerstört. Das Abholzen eines Baumes, der an den Mord an Enver Şimşek erinnern sollte, sorgte bundesweit für Schlagzeilen.

Den Morden, die von der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU begangen worden waren, wurde aufgrund rassistischer Denkstrukturen nicht mit lückenloser Aufklärung begegnet. Die Ermittlungsbehörden gingen gar davon aus, dass die Taten nicht von Deutschen verübt worden sein könnten. Vielmehr wurden die Familien der Opfer verdächtigt. Die Polizei ermittelte gegen die Angehörigen der Ermordeten und die Medien verhöhnten die Opfer, indem sie die Taten als „Döner-Morde“ etikettierten. Besonders erschreckend ist, dass der Verfassungsschutz allem Anschein nach über die Verbrechen informiert und teilweise involviert war. Auch die Ermittlungen zu den NSU-Verbrechen ließen viele Fragen über die Hintergründe offen. Insbesondere ignorierte das Gericht die Rolle der rechtsradikalen Netzwerke und ihrer Hintermänner. Im Sommer 2018 erfolgte schließlich die Urteilsverkündung im NSU-Prozess, die weder für Opfer und Hinterbliebene noch für die demokratisch gesinnte Bevölkerung zufriedenstellend ist.

Ein Rückblick auf die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte weist darauf hin, dass wir begünstigende Umstände für die Verbreitung von Rassismus hatten. Dies wird insbesondere im Hinblick auf das Thema Migration deutlich.

Die politische Diskussion der Nachwendzeit wurde von einer nahezu hysterisch geführten Debatte um Flüchtlinge und Einwanderung beherrscht und ging mit einer Welle rassistischer Gewalt in deutschen Städten einher.

Die rassistischen Mordanschläge in Hoyerswerda, Rostock und Mölln wurden seitens der Politik kaum beachtet. Die Ignoranz gegenüber diesen Verbrechen hat der Entwicklung des Rassismus in Deutschland Vorschub geleistet. Der traurige Höhepunkt dieser Ereignisse war der Brandanschlag auf das Wohnhaus von Familie Genç in Solingen, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl weigerte sich, die Hinterbliebenen des Brandanschlages aufzusuchen, mit dem Hinweis keinen „Beileidstourismus“ betreiben zu wollen. Zum damaligen Zeitpunkt wäre ein klares Bekenntnis, dass die Migrantinnen und Migranten selbstverständlich Teil unserer Gesellschaft sind, dringend notwendig gewesen. Ein politisches Signal, beispielsweise die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft oder des kommunalen Wahlrechts für alle Menschen mit Migrationshintergrund, hätte deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland keinen Platz mehr haben.

Nicht erst seit dem antisemitisch motivierten Terroranschlag in Halle an der Saale und dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke offenbart sich mehr und mehr die Gefahr rassistischer Denkweisen und rechtsextremen Terrors. Menschenverachtende Hetze verbreitet sich via Internet, Morddrohungen werden gegen Aktivist:innen, Politiker:innen und Opfer-Anwälte und Anwältinnen ausgesprochen. Immer wieder werden Hinweise auf rechtsextremistische Verflechtungen in staatliche Institutionen wie Polizei und Bundeswehr hinein bekannt.

Es ist dringend an der Zeit dieser Entwicklung entgegenzutreten und ein Zeichen

zu setzen. Es gilt deutlich Position zu beziehen gegen die Gefahr des rechten Terrors, dessen Akteure immer skrupelloser, und scheinbar von staatlicher Seite ungebremst, agieren.

Wir alle dürfen den Kahlschlag an unseren gemeinsamen menschlichen Werten nicht länger hinnehmen! Alle Kommunen NRWs sind dazu aufgerufen der menschenverachtenden Gefahr durch Pflanzung der 10+1 Bäume zu begegnen.

Die Pflege der Bäume kann durch Patenschaften gesichert werden. Beispielsweise können Schulen, die dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ angehören, die Verantwortung für die Betreuung der Bäume übernehmen. Auch Bürgerinitiativen, kommunale Ämter oder Privatpersonen kommen als Paten in Frage.

Die Opfer des NSU

Enver Şimşek

09. September 2000, Nürnberg

Abdurrahim Özüdoğru

13. Juni 2001, Nürnberg

Süleyman Taşköprü

27. Juni 2001, Hamburg

Habil Kılıç

29. August 2001, München

Mehmet Turgut

25. Februar 2004, Rostock

Ismail Yaşar

09. Juni 2005, Nürnberg

Theodoros Boulgarides

15. Juni 2005, München

Mehmet Kubaşık

04. April 2006, Dortmund

Halit Yozgat

06. April 2006, Kassel

Michèle Kiesewetter

25. April 2007, Heilbronn

Wir werden euch nicht vergessen!



Der Landesintegrationsrat NRW
wird institutionell gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landesintegrationsrat



Landesintegrationsrat NRW

Haroldstraße 14
40213 Düsseldorf

Telefon: 02 11 · 9 94 16 - 0
Telefax: 02 11 · 9 94 16 - 15

landesintegrationsrat.nrw
info@landesintegrationsrat-nrw.de

